

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 100 (2020)

Heft: 1080

Artikel: Gesinnung vor Logik

Autor: Vukadinovi, Vojin Saša

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-914645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesinnung vor Logik

Dass Studenten sich für Gerechtigkeit einsetzen, ist nichts Neues.
Doch mit ihrem selbstherrlichen Vorgehen werfen sie die Werte
der Aufklärung über Bord.

Vojin Saša Vukadinović

I

2014 formulierte die Harvard-Studentin Sandra Korn einen Vorschlag, den sie nicht nur ihrer eigenen Universität, sondern so gleich der gesamten Hochschullandschaft unterbreitete. «Lasst uns die akademische Freiheit zugunsten akademischer Gerechtigkeit preisgeben», verkündete sie in der Campus-Zeitschrift «Harvard Chronicle», wo sie das westliche Ideal einer nicht regulierten Wissenschaft eine «Doktrin» nannte.¹ Dass der missbilligte universitäre Freiraum eine jahrhundertelange Emanzipationsgeschichte hinter sich hat, während derer er sich aus der doppelten Vormundschaft weltlicher Herrscher wie geistlicher Massregelung befreien musste und im 20. Jahrhundert zeitweise totalitären Ideologien geopfert wurde, schien Korn genauso irrelevant wie der Umstand, dass ebenjene Freiheit in manchen Ländern aus guten Gründen eine gesetzlich geschützte ist. Bedeutungslos schien ihr auch, dass es zwischen besagtem Ideal und vollends verwirklichter Unabhängigkeit der Forschung einen Unterschied gibt, den niemand bezweifelt. Nichtsdestotrotz bemühte die spätere Gender-Studies-Absolventin das Argument, dass universitäre Freiheit eine Chimäre sei: Höhere Bildungseinrichtungen könnten schliesslich nicht von sich behaupten, gegen Rassismus und Sexismus zu sein, zugleich aber wissenschaftliche Arbeiten gewähren lassen, die diese Probleme beförderten. «Wenn eine akademische Gemeinschaft Forschung beobachtet, die Unterdrückung bewirbt oder rechtfertigt, sollte sie sicherstellen, dass diese Forschung nicht fortgeführt wird», schrieb Korn weiter und nannte ihren gebieterischen Wunsch nach Einschränkungen

einen «rigoroseren Massstab» als das, wovon sie sich damit unweigerlich absetzte: Objektivität, Nachvollziehbarkeit, Redlichkeit und Wahrheit.

II

Die Vorstellung einer angeblich akademisch beförderten Repression hat seit der Publikation von Korns Plädoyer erheblich an Popularität gewonnen. Die inhaltliche Bestimmung, auf welche Weise sich diese manifestiere, ist hingegen nur noch absurd geworden. Denn bei den angeblich Campus-generierten und -abgesicherten Formen von «Unterdrückung», die Korn und Gleichgesinnte plagen, handelt es sich nicht etwa um Krieg, Folter, Versklavung, Vergewaltigung oder Ausbeutung, die volumnäßig durch wissenschaftliche Studien gestützt würden. Vielmehr gilt ihnen eine Sache oder eine Person bereits dann als repressiv, wenn jemand einen solchen Eindruck von ihr hat – ein weiterer Nachweis muss nicht erbracht werden. Dass es sich hierbei häufig schon um blosse Äusserungen handelt, die unvoreingenommen auf Gegebenheiten hinweisen, verdeutlicht ein Zwischenfall, der sich 2018 an der Portland State University ereignete und exemplarisch für zahlreiche ähnliche steht. Als die Biologin Heather Heying auf einer Podiumsdiskussion darauf hinwies, dass Männer im Durchschnitt grösser seien als Frauen, verliess eine wutschnaubende Gruppe Studierender den Hörsaal und behauptete, dass die Referentin sowie alle anderen interessierten Zuhörerinnen einer «Gehirnwäsche» unterzogen worden seien

und dass «Nazis in einer zivilisierten Gesellschaft nicht geduldet» würden.² Am Evergreen State College in Olympia, Washington, war bereits im Vorjahr ähnliche Randale eskaliert, wobei Fakultätsangehörige zeitweilig von den Protestierenden eingesperrt worden waren. Deren konkrete Forderungen beliefen sich u.a. auf die Behauptung, dass Hausaufgaben «rassistisch» seien, weil sie Schwarze benachteiligten.³ Die Liste liesse sich fortsetzen und problemlos um Europa ergänzen: 2014 wurde eine den «Rassisten» Immanuel Kant behandelnde Pädagogikvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin so lange unterbrochen, bis die herbeigerufene Polizei die Störenfriede hinauskomplimentierte. Auf den Schlichtungsversuch des Dozenten, die Studierenden zum Semesterende Abhandlungen schreiben zu lassen, in denen sie ihre Einwände erörtern sollten, erwiderten diese in gender- und queertheoretisch geschultem Neusperek: «Dies lehnten nicht nur dixs Studierxs, sondern auch wir* als Gruppe ab, weil diese Arbeit in unserem* Verständnis mit einem unzumutbaren Mehraufwand für diskriminiert Positionierte verbunden gewesen wäre, für den es weder Studienpunkte noch eine entgeltliche Ent_schädigung gegeben hätte, und dies an der aktuellen Situation nichts mehr hätte ändern können.»⁴

III

Die seither geführten universitären Debatten haben die zusehends rabiater werdenden Auseinandersetzungen nicht aufgeklärt. Sie sind vielmehr als wesentliche Wirkungsstätte eines soziopolitischen Phänomens zu verstehen, das aus vorgefertigten Gedanken Sinnstiftung zieht. Seit einigen Jahren firmiert dieses Milieu deshalb wahlweise als «Millennial Socialists», als «Social Justice Warriors» oder auch als «PoMo Bubble»; eine länderübergreifende Selbstbezeichnung existiert nicht. Dass sich diese pejorativen Beitelungen politisch widersprechen, verkompliziert die Angelegenheit nicht, denn die diversen Termini umschreiben jeweils dasselbe Problem, dessen ideologische Genese und Ausprägungen sie gleichwohl unterschiedlich beurteilen. Was die gemeinte Gruppe zuvörderst kennzeichnet, ist ein bestimmter Aspekt: Die Anhängerschaft dieser vermeintlich fortschrittlichen Ideen wähnt sich selbst – siehe Korn – im Einsatz für «Gerechtigkeit», die jedoch bezeichnenderweise nicht von der objektiven Kälte des Gesetzes her verstanden wird, sondern von der subjektiven Wärme des eigenen Gefühlshaushalts. Dass dies insbesondere Frustration, Ressentiment, Streitsucht und Wut sind, oftmals vorgetragen von Personen, deren tatsächliches politisches Interesse geradezu nachrangig ist und die rational offenkundig auch nicht mehr erreichbar sind, dokumentieren mittlerweile tausende aufgezeichnete Zwischenfälle im Internet: auf dem Campus, auf Demonstrationen wie auch in Alltagssituationen.

IV

Das negative Zauberwort, das in diesen Kreisen als hochgradig anstössig gilt und um das in den letzten Jahren auch akademisch –

in Seminarräumen, auf Konferenzen, in Fachjournalen und in anderen Publikationen – ein nahezu kultischer Tanz aufgeführt worden ist, ohne dass das Objekt des Exorzismus je auf seine wissenschaftliche Haltbarkeit befragt worden wäre, lautet «Privilegien». Ein Privileg ist, zur Erinnerung, ein unverdienter Vorteil. Man geniesst Vorzüge, ohne etwas für diese getan zu haben – qua Geburt oder gesellschaftlicher Stellung etwa. Folgt man der diesbezüglichen Definition ebenjener jungen Feindinnen und Feinde der Forschungsfreiheit, kreierten solche Vorzüge im Alltag, im Berufsleben oder in der Paarbeziehung unentwegt komfortable Situationen für ein ohnehin bessergestelltes Individuum. Manche davon seien sichtbar (Geschlecht, Hautfarbe), andere (Bildung, sexuelle Orientierung) nicht bzw. nicht sofort, erlaubten aber beständig eine unkomplizierte Navigation durch Arbeitswelt und Freizeit, die andere unweigerlich schlechter stelle. Weil damit eine Omnipräsenz repressiver «Strukturen» postuliert werde – alles sei rassistisch, sexistisch, homophob usw. – und weil diese Vorteile zudem von ihren Nutzniessern bewusst oder unbewusst verteidigt würden, gebe es für diejenigen, die für randständig gehalten werden, keine Alternative, als besagte «Privilegien» anderer zu beschneiden. Erst eine radikale Umverteilung – und hier schliesst sich nun der Kreis zu Sandra Korns Forderung – käme «akademischer» oder «sozialer Gerechtigkeit» gleich. Werden den einen die angeblichen Vorteile genommen, bekämen andere mehr Raum, heisst es: Sie könnten dann endlich teilhaben an etwas, das ihnen aktiv vorenthalten würde, sich frei entfalten und in dem Masse Politik und Gesellschaft gestalten, wie es ihnen zustehe. Zudem würde so mit dem Ballast der vergangenen Jahrhunderte aufgeräumt und der Menschheit der Weg zu etwas Besserem geebnet.

V

In diesem Heilsgedanken sind gleich mehrere Irrtümer angelegt. Zunächst einmal ist es kein Zufall, dass solche Postulate mit diversen Denkmodellen korrespondieren, die aus angeblich mino ritärer Warte formuliert werden oder aber den angeblichen Versuch darstellen, aus der Mehrheit kommend ebenjene Mehrheit wachzurütteln. «Intersektionalität» etwa – die Vorstellung, dass eine Gesellschaft durch ihre internen «Differenzmarker» wie Geschlecht, Ethnizität, Behinderung usw. hierarchisch organisiert würde – ist mittlerweile zu einem akademischen Schlüsselbegriff avanciert. Im Schlepptau dieser angeblich minderheiten sensiblen Lehre gedeiht mittlerweile völlig enthemmtes Ressentiment. Hierzu zählen u.a. die Critical Whiteness Studies, in denen eine weisse Hautfarbe a priori als unverdientes Privileg gilt, dessen angebliche Wirkmächtigkeit es ergo einzuschränken gelte. Aufgrund ihrer esoterischen Deutung angeblich unsichtbarer gesellschaftlicher Kräfte und dank Abwesenheit jedweder Methode rangiert die Wissenschaftlichkeit der auf Deutsch «kritische Weissseinsforschung» genannten Pseudoforschung ungefähr zwischen Tarotkartenlesen und Familienaufstellung. Ferner liegt ihr Impetus in der ritualhaften Selbstzurechtweisung an-

«Je weiter die historische Erfahrung von Arbeitslagern, staatlicher Bevormundung im Alltag oder Hunger zurückliegt, desto grösser das Unvermögen, sich auszurechnen, was die eigenen, für grandios befundenen Ideen in Konsequenz bedeuten würden.»

Vojin Saša Vukadinović

geblicher «Privilegierter», an der nichts kritisch sein kann, weil solche öffentliche Fremd- und Selbstbeschämungen in jedweder Hinsicht hinter die Errungenschaften des modernen Zusammenlebens zurückfielen. Dass die Critical Whiteness Studies als geradezu paradigmatisches Beispiel für ein kalkuiertes Gemeinwohl stehen – als ob das Wegnehmen bei den einen automatisch etwas ausgleiche und anderen ohne weiteres etwas ermögliche –, verrät nicht nur ausserordentlich schlichte Vorstellungen von Gesellschaft, sondern auch ideologische Korrespondenzen. Ähnlichkeiten zwischen einem solchen Plandenken, das meint, im Wohle aller zu wirken, und einer Planwirtschaft sind augenscheinlich.

VI

Es ist ebenso offensichtlich, dass die jüngere Generation, die diesen vorgeblich um «Gerechtigkeit» kreisenden Ideen anhängt und ihr ostentatives Linkssein – das nunmehr in der Regel auf den Namen «progressiv» hört – damit gleichsetzt, nach Untergang des Ostblocks geboren worden ist. Sie kann deshalb keine persönlichen Erinnerungen daran haben, was das Umverteilen angeblicher «Privilegien» von oben konkret bedeutet, macht sich unzweifelhaft aber auch keine Mühe, in dieser Frage Bibliotheken zu konsultieren. Je weiter die historische Erfahrung von Arbeitslagern, Gefängnisstrafen für eigenständiges Denken, unentwegter staatlicher Bevormundung im Alltag oder Hunger zurückliegt, desto grösser das Unvermögen, sich auszurechnen, was die eigenen, für grandios befundenen Ideen in Konsequenz bedeuten

würden. Besserwisserische Gesten, moralische Triumphe und die Diffamierung anderer sind es, die in diesen Kreisen Kredibilität generieren, nicht aber Wissen und Abstraktionsvermögen – und noch weniger Innovation und Leistung. Dieses ideologische Aufblühen und die Sehnsucht nach Restriktionen sind die triste negative Bilanz einer Generation, für die Informationen so leicht verfügbar waren wie noch keiner vor ihr und die in der Breite eine weitaus bessere ökonomische Ausgangslage aufweist als alle Zuvorgekommenen.

VII

Ihre Funktion, eine Elite auszubilden, haben die Universitäten gesellschaftlich längst eingebüßt. Unzweiflhafter Ausdruck dessen ist die mangelnde Urteilsfähigkeit jener, die nun umso lauter agieren. Der ökonomische Kurzschluss, den die Streiterinnen und Streiter für eigens ausgelegte «Gerechtigkeit» ziehen und der sie zudem selbst betrifft, besteht darin, in den ihnen durch allerhand «Theorien» vermittelten Ideologemen Qualifikationen zu vermuten, von denen sie zugleich meinen, dass ihnen damit Türen in staatlichen Institutionen oder kulturellen Einrichtungen aufgehen müssten. Dass die Anhängerschaft dieser Vorstellungen in der Regel jung, bisweilen gar sehr jung ist und vor allem Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften anzieht, rächt sich auf dem Arbeitsmarkt spätestens dann, wenn die Absolvierenden erkennen, dass Rassismus und Sexismus zu kritisieren keine sonderliche Kompetenz ist und, in psychologischer Hinsicht, noch

weniger ein Alleinstellungsmerkmal: Eine Kränkung ist auf diese Einsicht hin geradezu vorprogrammiert. Hochschulpolitisch ist es zudem mit Sicherheit kein Zufall, dass dieses Denken im deutschsprachigen Raum in jenem Moment Anklang fand, in dem ein Studium kaum mehr etwas kostete, dafür aber durch die Einführung des Bachelor- und Master-Systems vollständig verregelt worden ist. Insofern dramatisiert das Phänomen einen Trend, den es zu bekämpfen vorgibt, tatsächlich aber – wenn auch auf polternde Weise – selbst verkörpert. Das Fatale an dieser Denkweise und Haltung ist, dass es Kreativität und Originalität verunmöglicht, Konformität und Autoritätsglauben dagegen befördert. Am Ende gehen die Antworten den Fragen voraus: Man stelle sich eine akademische Welt vor, in der es nur noch «gerechte» Forschung gäbe, durchgeführt von «gerecht» ausgewählten Verantwortlichen, die «gerecht» anmutende Überlegungen anstellen und mit «gerechten» Methoden vorgehen, die auf «gerechte» Resultate hinauslaufen. Das einzige, was hieran noch «gerecht» wäre, wäre ein artgerecht ans Phänomen angepasstes Berufsethos – nicht aber vermeintliche Gewissheiten durchbrechende, herausfordernde und unbequeme Erkenntnisse, auf die Neuerungen folgen können. Die politischen Konsequenzen, die sich aus der inneren Erosion akademischer Forschung und durch die äussere Anfeindung des aktivistischen Nachwuchses ergeben, liegen damit auf der Hand.

VIII

Einhalt gebieten kann diesem destruktiven Trend nur das, was sich historisch bereits bewährt hat: Die Erziehung zum mündigen Menschen und die Eigenverantwortung der einzelnen. Es liegt in den Händen jeder Professorin und jedes Dozenten, dem irrgen Wunsch nach «Gerechtigkeit» Paroli zu bieten, wie es auch Aufgabe von Kommilitoninnen und Kommilitonen ist, sich dem um sich greifenden Phänomen zu verweigern. Andernfalls werden den Forderungen nach Umverteilung angeblicher «Privilegien» rasch ganz andere folgen. An historischen Siegen des Ressentiments mangelt es nicht. Man sollte ihm nicht tatenlos dabei zuschauen, wie es in der Gegenwart zu einem neuerlichen ansetzt. ◀

¹ Sandra Y. L. Korn: The Doctrine of Academic Freedom. Let's give up on academic freedom in favor of justice. In: The Harvard Chronicle, 18.02.2014. Nachfolgende Zitate ebd.

² Autumn Berend: Protests Don't Stop Panel with James Damore at Portland State University, 21.02.2018, www.theclackamasprint.net/news/james-damore-sparks-protests-at-portland-state-university-during-visit
Ein Video des Ereignisses findet sich unter www.youtube.com/watch?v=n5D_ltpw7CI

³ Aufnahmen der Geschehnisse finden sich unter www.youtube.com/watch?v=bO1agILlhg

⁴ Wissen gegen Ignoranz, «HU Statement zur Intervention vom 10.02.2014 und anderen Vorkommnissen», akuniwatch.wordpress.com/2014/01/31/februar-2014/

Vojin Saša Vukadinović

ist Historiker und Geschlechterforscher. Zuletzt erschien der von ihm herausgegebene Sammelband «Zugzwänge. Flucht und Verlangen» (Quer, 2020).





VICTORINOX

SWISS MODERN WOOD KOCHEN AUF HOHEM NIVEAU

Der Allrounder für zuhause kombiniert makellose Präzision mit strapazierfähigen Materialien. Die Stärke verdankt das Messer seiner rostfreien Stahlklinge und dem feinen Nussbaumholzgriff, während der Kullenschliff verhindert, dass Lebensmittel an der Klinge kleben bleiben.



FROM THE MAKERS OF THE ORIGINAL SWISS ARMY KNIFE™
ESTABLISHED 1884